



Gründungsnummer: 12371-12377 (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle).

38. Jahrgang

eben Gemeinden.

mäßig zu Werke geht, wie sie zuerst aufwiegelt und hegt, dann die Verantwortung abschiebt, darauf wieder den Versuch macht, die Bewegung in die Hand zu nehmen, damit sie, wie der „Vorwärts“ sagt, in geordnete Bahnen kommt. Was der „Vorwärts“ darunter versteht, ist leicht ersichtlich: er will nicht etwa ein Abflauen der Bewegung, sondern: „wir vertrauen darauf, daß sie sich nicht in Hader und Verwirrung auflösen und auch nicht zwecklos verenden kann“. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Möglichen mit geeigneten Mitteln durchzusetzen.“ Wie die geeigneten Mittel aussehen, hat Herr Hoffmann gesagt, als er von der Revolution sprach, und welches die vorläufigen Ziele sind, die man erreichen will, wird heute gleichfalls im „Vorwärts“ verraten: Sofortige Herbeiführung des Friedens, unter Mitwirkung der Arbeitervertreter, also des Herrn Scheidemann und des Herrn Haase, Aufhebung des Belagerungszustandes, damit die Sozialdemokratie noch ungehinderter wirken kann, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, damit die Heeresleitung den Einfluß auf die Erzeugung von Kriegsmaterial verliert und ausständige Arbeiter nicht maßregeln kann, daß also Streikbewegungen im größeren Maßstabe möglich sind, durchgreifende Militarisierung der gesamten Staatseinrichtungen, Verleihung des Wahlrechts auch an die Frauen vom 20. Lebensjahre ab, also Aufrichtung der Massenherrschaft in Deutschland. Mit der Erfüllung dieses Wunsches liegen dann keine Steine mehr auf dem Wege zu den letzten Zielen der Sozialdemokratie. Daher drängt die sozialdemokratische Führung jetzt die Regierung, sie solle der Streikbewegung keinen Einhalt gebieten, man würde „sie mit Gewalt höchstens für einige Zeit ausschalten“.

Ueberblickt man demnach die Vorgeschichte und die Entwicklung dieser neuen Hemmnisse, so wird man vor der Tatsache die Augen nicht verschließen dürfen, daß der Kampf zwischen den staatsbehaltenden Elementen und den machtpolitischen Plänen der Sozialdemokratie zur Entscheidung drängt.

Das deutsche Uebergangswirtschafts-Parlament.

(Münchener Brief.)

Das Geheimnis der wirtschaftlichen Zukunft aller durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Völker und Länder liegt in der bestmöglichen Ausnützung und Organisation der Uebergangswirtschaft. Das Deutsche Reich war es, das zuerst die Uebergangswirtschaft in die Hand nahm, denn seit Jahresfrist etwa besteht das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft, das über seine bisherige Tätigkeit aber so gut wie nichts hat verlauten lassen, so daß in der Tat die größeren Bundesstaaten mit Recht deshalb schon unwillig werden mußten, weil die einzelstaatlichen Parlamente — es sei nur an die einschlägigen Debatten im bayerischen und sächsischen Landtage erinnert — von ihren Regierungen Einblick und Aufschluß verlangten, in welcher Weise die Uebergangswirtschaft geregelt werden soll. Das Reichskommissariat schwieg sich beharrlich aus, es hatte sich dermaßen in seine (ebenfalls notwendigen) statistischen Arbeiten und Erhebungen förmlich vergraben, daß alle bundesstaatlichen Vorstellungen mit Schweigen erwidert wurden. Und bis heute ist dieses Schweigen nicht gebrochen worden, so daß man im ganzen Reiche über die Richtlinien, in denen sich die Uebergangswirtschaft bewegen soll, vollkommen im unklaren ist. Wir sind in der Lage, hier Klarheit zu geben.

Das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft gliedert sich in einen äußeren und inneren Aufbau. Der äußere umfaßt den Aufgabenkreis, der folgende Gebiete umschließt:

- 1) Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.
- 2) Hergabe von Zahlungsmitteln (Valuta).
- 3) Erledigung aller mit dem Schiffsraum zusammenhängenden Fragen.

Nach welchen Richtungen dieser Aufgabenkreis mit der Eingliederung der Uebergangswirtschaft in das Reichswirtschaftsamt erweitert werden muß, wird sich mit dem Augenblicke erweisen, wo die Uebergangswirtschaft aus dem Stadium der Erhebungen und statistischen Feststellungen herauskommt und zu rein praktischer Arbeit übergeht. Das muß baldmöglichst geschehen, denn es ist unleugbare Tatsache, daß die Bundesstaaten ausnahmslos in der Frage der Regelung der Uebergangswirtschaft ungeduldig geworden sind. Sachsen hat sich bereits ein Uebergangswirtschafts-Parlament von 160 Köpfen geschaffen, Bayern ist gegenwärtig daran, ebenfalls einen Ausschuß für Uebergangswirtschaft zu bilden. Württemberg, Baden werden in aller Kürze folgen.

oeh, Birmafens; Fr. Grote, Hamburg; Herzberger, Erlin; Fabrikant v. Hirsch, Offenbach a. M.; Hugo Kaubers, Hamburg; Kopp, Birmafens; Levy, Stuttgart; Lindgens, Mülheim-Broich; Vogt, Leipzig; Komm.-Rat Moll, Brieg; Erich Küller, Bontat a. Rh.; Oppenheimer, Straßburg; Swald, Hamburg; Reinhardt, Worms; Kommerzienrat ockl, München; Schleisinger, Berlin; Smid, Bremen; Leher, Freiberg i. Sa.; Steern-Frankfurt a. M.; Treder, Elmshorn; Tede, Leipzig; Wallerstein, Hfenbach und Wiemann, Hamburg.

Gruppe Kautschuk

Calmon, Hamburg; Freudenberg, Bremen; Koch, Hamburg; Regierungsbaumeister Schalkau, Siemonstadt; Geh. Kommerzienrat Seligmann, Hannover; Dr. Soosbeer, Erlin; Direktor Spannagel, Berlin-Lichterfelde und Witt-3ft, Hamburg.

Gruppe Kohlen

Commenh, Hamburg; Bergwerksdirektor a. D. Dröge, Erlin; Bergat Grafmann, Essen (Ruhr); Direktor Jung, Erlin; Scheimer Kommerzienrat Mäser, Dortmund; Geh. Bergrat Polenski, Berlin; Kommerzienrat Schumann, Grube Ise; Dr. Silverberg, Köln; Dr. Oppenheimer, Berlin; Stinnes, Mülheim a. R.; Kommerzienrat Reichenmeyer, Duisburg; Generaldirektor und Bergwerksbesitzer a. D. Winthaus, Altenessen und Bergat Dr. Wiltner, Kattowit.

Gruppe Schwefelkies und Phosphate

Bene, Hamburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Duisburg, Beverfusen; Dr. Frenzel, Berlin; Geh. Kom.-Rat Lüttenmüller, Mannheim; Ernest Merk, Hamburg; Direktor Dr. Piotrkowski, Posen; Generaldirektor Dr. Lieneninger, Frankfurt a. M. und Direktor Wintler, Frankfurt a. M.

Daß die Gruppierung dieses deutschen Uebergangswirtschafts-Parlamentes noch nicht definitiv fertig ist, geht schon daraus hervor, daß erst in jüngster Zeit, ohne daß die Öffentlichkeit et davon gehört hätte, eine

Gruppe Handwerk

gebildet wurde, denn es wurden zur Uebergangswirtschaft berufen: der Meister Plate, Vorsitzender des Handwerkerbundes und Mitglied des preußischen Herrenhauses; Generalsekretär Dr. Reusch am deutschen Handwerker- und Gewerbetag; Obermeister Ahardt, Berlin; Reichstagsabgeordneter Irl, Bayern; der Meister Markus, Berlin; Genossenschaftsleiter Esser vom sächsischen Handwerkerbund und Direktor Rothaus vom Arbeitgeberverband deutscher gewerblicher Genossenschaften.

Das Reichskommissariat dürfte in Jahresfrist die Grundarbeiten jezt geleistet und dem Abschluß zugeführt haben, nämlich: die statistischen Erhebungen über den Friedensverbrauch der einzelnen Rohstoffinteressenten. Daß dies eine erkleckliche Arbeit war, wird niemand in Abrede stellen, aber unheißt es, endlich die Richtlinien für die Uebergangswirtschaft aufzustellen, die, so verlautet in eingeweihten Kreisen, im Bezugschein ausgehen werden. Es wäre an der Zeit, als deutsche Uebergangswirtschafts-Parlament, sobald die äußerlichen Verkehrsschwierigkeiten überwunden sein werden, nach Berlin, am besten vielleicht in den Reichstag einzuberufen, um da das Uebergangswirtschaftsprogramm seinen großen Zügen mitzuteilen und zu besprechen. Das ist sicher, daß aus der Mitte dieses bunt zusammengewürfelten Parlamentes Ratschläge, Anregungen und Ideen inülle und Fülle kommen werden. Gerade für die Uebergangswirtschaft wird ein Generalfeldzugsplan der friedlichen Ueberwindung außerordentlich notwendig sein, wenn wir jene große Störungen den Wiederaufbau der gesamten Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse regelrecht und systematisch abziehen wollen.